

# König Kunde statt Leistungsempfänger?

Mit den Studiengebühren kommt Bewegung in die Universität



Die Einführung von Studiengebühren in Nordrhein-Westfalen steht unmittelbar bevor. Bereits im kommenden Wintersemester sollen von Erstsemestern „Studienbeiträge“ erhoben werden. Allgemeine Gebühren folgen 2007 zum Sommersemester. Was geschieht mit den zu erwartenden Einnahmen? Wie ändert sich der Status der Studierenden? „forsch“ hat nachgefragt.

Wer sich im kommenden Wintersemester in Nordrhein-Westfalen erstmals einschreibt, wird zur Kasse gebeten werden. Denn bereits dann sind für Erstsemester Gebühren von bis zu 500 Euro fällig. Ein halbes Jahr später sollen alle Studierenden des Landes zur Zahlung verpflichtet werden. Die Pläne der neuen Regierungskoalition aus CDU und FDP nehmen konkrete Formen an; inzwischen liegt auch ein Referentenentwurf des „Gesetzes zur Sicherung der Finanzierungsgerechtigkeit im Hochschulwesen“ vor.

Universitäten und Fachhochschulen sollen künftig selbst entscheiden, ob und wieviel Studiengebühren sie erheben. Damit habe die Koalition den Hochschulen den „schwarz-gelben Peter“ zugeschoben, sagte jüngst der Vorsitzende des AStA, Thomas Möws, anlässlich der Eröffnung des Akademischen Jahres im Oktober. Das Rektorat begrüßte dagegen die neue Quelle zusätzlicher Einnahmen. Es hat mittlerweile angekündigt, Studiengebühren baldmöglichst für alle Studiengänge und in voller Höhe erheben zu wollen. Es wird mit zusätzlichen Einnahmen in Höhe von rund 20 Millionen Euro pro Jahr gerechnet. „Die Studiengebühren werden eine spürbare Verbesserung der Haushaltslage der Universitäten



„Ich war ein halbes Jahr in Neuseeland, und dort war ich König. Hier in Deutschland wird es wohl noch etwas dauern, aber mit ein bißchen gutem Willen klappt das in drei bis vier Jahren auch hier.“  
Jens Kaulen, Anglistik, 7. Semester

alle Studenten-Fotos und Interviews: Ute Friederich

bringen“, sagte Rektor Professor Dr. Matthias Winiger bei der Semestereröffnung und betonte gleichzeitig, die Gelder würden zweckgebunden für die Lehre eingesetzt. Voraussetzung ist natürlich, daß der Staat sich nicht an anderer Stelle aus der Finanzierung der Hochschulen zurückzieht. Rektorat und AStA sind sich einig, daß die Studienbeiträge nicht zu einer sozialen Selektion der Studierenden führen dürften. Intensiv wird darum derzeit über geeignete Darlehens- und Stipendiensysteme nachgedacht.

## Was machen die anderen?

**Anders als in Deutschland sind in den USA Studiengebühren die Regel. Und auch in vielen europäischen Ländern ist der Besuch einer Hochschule nicht kostenfrei. Oft liegt die Höhe der Gebühr deutlich über den geplanten 500 Euro pro Semester in Deutschland.**

► **Dänemark:** Bei unserem nördlichen Nachbarn ist der Besuch einer staatlichen Hochschule in der Regel ohne Gebühren möglich. Ausländische Studierende müssen jedoch unter Umständen Studiengebühren zahlen. Ab dem 18. Lebensjahr kann jeder, der sich in einer nicht bezahlten Ausbildung befindet, finanzielle Förderung in Form eines Grundeinkommens beantragen.

► **Finnland:** Zur Zeit gibt es in Finnland keine Studiengebühren. Alle Studierenden, die einen Bachelor- oder Master-Abschluß anstreben, müssen jedoch einer Studentenverbindung beitreten. Der Jahresbeitrag dort beträgt 40 bis 80 Euro. Studierende, die bei ihren Eltern wohnen, werden monatlich mit ca. 110 Euro, auswärts lebende mit bis zu 250 Euro vom Staat unterstützt. Ab August 2007 sollen ausländische Studenten

jährlich zwischen 3.500 und 12.000 Euro zahlen. In absehbarer Zeit werden dann auch die Finnen selbst nicht mehr von Gebühren verschont bleiben.

► **Frankreich:** In Frankreich haben Studiengebühren eine lange Tradition. Der Betrag ist an fast allen Universitäten gleich. Bis zum ersten Abschluß werden 150 Euro pro Semester fällig, für einen weiterführenden Abschluß kann der Betrag auf bis zu 450 Euro steigen. An den Eliteuniversitäten, den sogenannten Grandes Ecoles, werden sogar 5.500 Euro pro Jahr verlangt. Ein Teil der Studiengebühren fließt direkt in einen Sozialfond, so können bedürftigen Studenten die Gebühren erlassen werden.

Der Prorektor für Planung und Finanzen, Professor Dr. Wolfgang Löwer, hatte bereits vor Semesterbeginn bei einem Interview mit dem General-Anzeiger erklärt, das Rektorat wolle auf Studiengebühren nicht verzichten, weil es die Ausstattung und Qualität der Lehre zu verbessern gelte: „Wir können nicht zulassen, daß wir im Wettbewerb um die besten Köpfe zurückfallen.“ Mit den Studiengebühren erhalten die Universitäten aber auch ein zusätzliches Steuerungsinstrument, das mit der Zulassungsbeschränkung per Numerus

clausus vergleichbar ist. Theoretisch könnte man nämlich zum Beispiel für weniger nachgefragte Studienangebote auch weniger Gebühren fordern. Kanzler Dr. Reinhardt Lutz ist skeptisch: „Wir halten nichts von ‚Studiensonderangeboten‘. Für den Studienerfolg wäre es bestimmt nicht förderlich, wenn sich Studienbewerber nur deshalb für ein Fach entscheiden, weil es gerade ‚billig‘ ist.“ Stattdessen schlägt der Chef der Universitätsverwaltung vor, besonders begabten Studieninteressierten mit Stipendien finanziell entgegenzukommen.

Unklar ist noch, welchen Spielraum die Universitäten für eigene Regelungen erhalten werden. Denn statt die „Feinjustierung“ der gesetzlichen Vorgaben auf die örtlichen Erfordernisse den jeweiligen Universitäten zu überlassen, plant das Ministerium im Moment in vielen Bereichen weitgehende Ausführungsbestimmungen.



„Ich glaube nicht, daß ich ‚König Kunde‘ werde, weil sich wohl am Service der Uni nichts verbessern wird. Auch wenn ich Gebühren zahle, muß ich wohl noch genauso lange auf Klausurergebnisse warten wie jetzt auch.“  
Joana Johnson,  
Asienwissenschaften,  
3. Semester

Und auch bei der Umsetzung von Hochschulreformen steckt der Teufel bekanntlich im Detail. Kenner der Hochschullandschaft fürchten daher, daß sich die Landesregierung mit der Einführung von Studiengebühren von ihrem erklärten Ziel des Bürokratieabbaus und der Deregulierung entfernen könne. Ein Zuviel an Vorschriften wäre aber nicht nur ärgerlich, sondern auch teuer. Das sagt auch der Rechtsdezernent der Universität, Harald Friederichs: „Unnötiger Verwaltungsaufwand würde die Einnahmen schmälern, die dann nicht mehr komplett für die Verbesserung der Studiensituation zur Verfügung stünden.“

### „Geld-zurück-Garantie“ scheidet die Geister

Die Geister scheiden sich auch an der „Geld-zurück-Garantie“, die Innovationsminister Andreas Pink-

wart ins Gespräch gebracht hat. Danach sollen Studierende unter bestimmten Bedingungen ihre Gebühren zurückerhalten, wenn die Hochschulen „inadäquate Lehrleistungen“ erbracht haben. „Das ist zwar ein schönes Schlagwort, man darf es jedoch nicht falsch verstehen“, erklärt Harald Friederichs, betont aber, es gehe dabei nicht um individuelle, sondern um generelle Ansprüche. Der Gesetzentwurf sehe vor, ein Gremium zu schaffen, das darüber entscheiden soll, ob in bestimmten Fällen eine pauschale Rückzahlung fällig wird. „Und wie praktikabel das ist, wird sich erst noch herausstellen.“

Rektor Professor Winiger wies bei der Eröffnung des Akademischen Jahres darauf hin, daß die geplanten Gebühren lediglich rund fünf Prozent der tatsächlichen Kosten eines Studiums entsprächen. Wenn dieser Betrag vor diesem Hintergrund auch „symbolisch“ wirken mag, es ändert sich doch etwas Grundsätzliches. Denn die Studierenden sind dann nicht mehr nur Empfänger einer wahllos verteilten „Gratisleistung“. Aber ob sie sich über Nacht in einen „König Kunde“ des deutschen Bildungswesens verwandeln? „Auf jeden Fall wird sich die Position der Studierenden deutlich verbessern“, ist Rainer Michael Rilke vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten

„König Kunde? Nein, es ist unrealistisch davon auszugehen, daß es 30.000 Könige gibt. Das widerspricht auch meinem Verständnis von Monarchie.“

Christoph Leyendecker, Politik, Geschichte und Sprachwissenschaft,  
7. Semester



► **Großbritannien:** In England und Wales wurden 1998 Studiengebühren eingeführt. Seitdem müssen Studierende bis zum Bachelor rund 1.650 Euro pro Jahr zahlen. Ab September nächsten Jahres dürfen die Universitäten diese Gebühr auf bis zu 4.300 Euro jährlich erhöhen. Diese sollen die Studenten dann aber erst nach dem Abschluß zahlen müssen. Schottland hingegen genießt bildungspolitische Autonomie. Dort ist das Studium kostenfrei. Nach dem Abschluß ist jedoch jeder verpflichtet, pauschal 2.940 Euro in einen Bildungsfonds einzuzahlen, sobald er eine bestimmte Einkommensgrenze überschreitet.

► **Österreich:** Hier werden seit dem Wintersemester 2001 Studiengebühren in Höhe von 363 Euro pro Semester erhoben. Das Geld fließt direkt dem Budget der jeweiligen Hochschule zu. Seit der Einführung von Studiengebühren vor vier Jahren ist die Zahl der Studienanfänger dramatisch zurückgegangen und erholt sich nur langsam wieder.

► **Niederlande:** In den Niederlanden ist der Besuch einer Hochschule seit 1986 kostenpflichtig. Ungefähr 1.500 Euro im Jahr muß jeder Student zahlen. Staatliche Unterstützung zur Finanzierung des Lebensunterhalts gibt es in Höhe von maximal 233 Euro in

Form eines Darlehens, das nach dem Abschluß innerhalb von 15 Jahren zurück gezahlt werden muß.

► **USA:** Die Vereinigten Staaten nehmen in Sachen Höhe der Studiengebühren die Spitzenposition ein. Je nach Universität bezahlen Studenten dort für ein akademisches Jahr zwischen 7.000 und 29.000 US Dollar, das sind umgerechnet rund 5.700 bis 23.800 Euro. Die Eliteuni Yale kostet sogar knapp 31.000 Dollar (über 25.000 Euro). Die USA bieten ihren Studenten aber auch das beste Netz an finanzieller Unterstützung. Jeder zweite Student wird durch ein Stipendium unterstützt. UTE FRIEDERICH



„Ich denke nicht, daß ich als einzelner Student zum König werde. Ob nun ein Student mehr oder weniger, das ist der Uni doch egal.“  
Yvonne Rippers, Chemie, 9. Semester

(RCDS) überzeugt und hofft auf ein größeres Mitspracherecht der Studierenden bei der Verwendung der Gebühreneinnahmen.

Was aber würden die Studierenden als erstes mit den zusätzlichen Einnahmen tun? Bei ihnen rangieren Investitionen in zusätzliche Lehr-

kräfte und Infrastruktur ganz oben. Julia Mahncke von der Fachschaft Anglistik würde mehr Dozenten einstellen, um Engpässe zu beseitigen: „Gerade die Pflichtkurse in den ersten Semestern sind so überfüllt, daß es kaum möglich ist, sein Stu-

dium in der Regelstudienzeit durchzuziehen.“ Auch vermeintliche Kleinigkeiten könnten den Studienverlauf ihrer Meinung nach günstig beeinflussen. Mehr „funktionierende Kopierer“ stehen ganz oben auf dem Wunschzettel von Kerstin Botsch von der Fachschaft Germanistik, die wie viele andere hofft, daß die Bibliotheken Bestand und Öffnungszeiten erweitern werden.

Ginge es nach Dr. Renate Vogt, Direktorin der Universitäts- und Landesbibliothek (ULB), würden die Bonner Uni-Bibliotheken schon morgen länger öffnen: „Am liebsten sähen es unsere Nutzer, wenn wir durchgehend zugänglich wären.“ Noch fehlt dafür das Geld, doch das könnte sich bald ändern. „Wenn es die Mittel erlauben, werden wir montags bis samstags von 8 bis 23 Uhr nicht nur den Lesesaal, sondern den gesamten Bestand zugänglich machen.“ Auch die Lehrbuchsammlung könnte dann endlich spürbar

aufgestockt werden. Derzeit stehen dafür jährlich nur 110.000 Euro bereit. „Der Bedarf ist aber wesentlich größer.“ Die zahlreichen Instituts- und Seminarbibliotheken haben ebenfalls einen erheblichen Investitionsbedarf. Ein weiteres Ziel der Direktorin ist die Schaffung zusätzlicher Benutzerarbeitsplätze mit Zugriff auf alle elektronischen Angebote der ULB. „Wir stellen fest, daß immer mehr Nutzer die Bibliothek als idealen Ort für konzentriertes Arbeiten entdecken. Dafür würden wir gerne mehr Raum schaffen.“

ARC/FORSCH

► **„Uni im Dialog“: Zu einer Diskussionsveranstaltung über Studiengebühren laden das Rektorat und der Allgemeine Studierendenausschuß (ASStA) der Universität Bonn am Dienstag, 15. November, um 18 Uhr in den Hörsaal 10 des Uni-Hauptgebäudes ein. Die Veranstaltung ist öffentlich.**

## „Die Finanzierung muß für die Studierenden gerecht sein.“



Foto: privat

**Herr Professor Chapman, Sie gelten als „Erfinder“ des australischen Higher Education Contribution Scheme HECS, das 1989 in Australien eingeführt wurde. Seitdem zahlen alle Studierenden Gebühren, die sie aber erst nach dem Studium zurückzahlen müssen – wie schnell, ist abhängig vom Einkommen. Vor 1989 war das Studium kostenlos. Warum hat Australien das HECS eingeführt?**

Damals benötigte das Universitätssystem zusätzliche Mittel, um insbesondere die Anzahl der Studienplätze zu erhöhen. Die Regierung war nicht bereit, diese Erhöhung aus Steuermitteln zu finanzieren, und war zudem der Überzeugung, daß ein Verzicht auf Studiengebühren auch deshalb abzulehnen sei, da Studierende normalerweise besser bezahlte Arbeit

finden. Man hielt ein einkommensabhängiges System wie das HECS für die gerechteste Form einer Gebühr, die auch am wenigsten dazu führe, finanziell schlechter gestellte Schichten von den Hochschulen auszuschließen.

**Gab es Proteste oder Probleme bei der Einführung?**

Ja, aber die Proteste hielten sich in Grenzen. Proteste sind immer unvermeidbar, wenn man von einer bestimmten Gruppe verlangt, mehr beizusteuern.

**Mit welchen Gebührensätzen sind Sie gestartet, und wie hoch sind sie jetzt?**

Die anfängliche Gebühr betrug etwa – bezogen auf den heutigen Wert des Dollars – 3.000 australische Dollar pro Jahr eines Vollzeitstudienganges, unabhängig vom Studienfach. Heute gibt es drei Gebührenstufen, die zwischen 4.000 und 7.000 australischen Dollar pro Zeitjahr liegen.

**In Deutschland gibt es die Befürchtung, daß Gebühren gerade Kinder finanziell schlechter gestellter Eltern vom Studium abhalten.**

**Wie sind Ihre Erfahrungen?**

Die Anzahl der Studierenden hat sich in allen Einkommensschichten um 60 bis 80 % erhöht, auch bei den schlechter gestellten. Somit haben sich keine negativen Auswirkungen für den Zugang der am meisten benachteiligten Bevölkerungsgruppen ergeben.

**Gibt es in Australien ein Stipendien-System? Und falls ja: Wie sieht es aus?**

Studierende aus den ärmsten Familien erhalten eine Unterstützung in Form eines Zuschusses von etwa 7.000 australischen Dollar pro Jahr.

**Studiengebühren gelten in Deutschland auch bei ihren Befürwortern nur dann als tolerierbar, wenn sie komplett den Hochschulen zufließen. Vor allem ihre Gegner fürchten, daß der Staat sich nach der Einführung von Gebühren mehr und mehr aus der Hochschulfinanzierung zurückzieht. Sind bei Ihnen die Ausgaben der öffentlichen Hand für die Universitäten seit 1989 zurückgegangen?**

Insgesamt ist die finanzielle Unterstützung für Hochschu-

# Die Universität: Eine Großbaustelle

## Rektor fordert gesellschaftliches Engagement für Bildung

Am 18. „Geburtstag“ der Alma mater, dem 18. Oktober, eröffnete der Rektor mit einem Bericht zur Lage der Universität das Akademische Jahr 2005/2006.

Nicht nur auf den Straßen und Autobahnen in und um Bonn sind sie ein tägliches Geduldsspiel: Baustellen, wohin das Auge blickt – ein Bild, das Rektor Professor Dr. Matthias Winiger bekannt vorkommt: „Es ist nicht zu übersehen, daß an den Hochschulen zur Zeit an zahllosen Stellen gebaut und verändert wird“, sagte er bei der feierlichen Eröffnung des Akademischen Jahres in der Aula. Vor allem die Einführung der neuen Bachelor- und Master-Studiengänge, die Exzellenzinitiative, der neue



Foto: uk

◀ Die skandinavischen Länder haben ihre Ausgaben für das Bildungswesen in den vergangenen Jahren deutlich erhöht – davon kann Universitäts-Rektor Professor Dr. Matthias Winiger (hier bei der Verleihung der Staatspreise) nur träumen.

*len real gestiegen, die finanzielle Unterstützung pro Student aber leicht zurückgegangen. Der Beitrag, der direkt aus Steuermitteln stammt, wurde allerdings reduziert und durch Beiträge aus dem HECS ersetzt.*

### **Haben sich die Studienbedingungen in Australien seit Einführung der Gebühren gebessert?**

*Ich denke, daß die Qualität der Studienbedingungen gesunken ist. Dies liegt allerdings nicht am HECS, sondern daran, daß die Regierung den Hochschulen keine finanzielle Priorität einräumt.*

### **Was würden Sie deutschen Bildungspolitikern und Universitäten angesichts der Gebührendebatte hierzulande mit auf den Weg geben?**

*Ich würde keinem Verantwortlichen eines Landes, in dem ich mich nicht auskenne, Ratschläge geben. Aber ich kann von den Themen berichten, die für die Debatte in Australien wichtig sind.*

*Erstens: Es war wichtig einzusehen, daß ein ausschließlich aus Steuermitteln finanziertes System rückschrittlich ist, da die Geldmittel der Regierung dann den Studierenden zu Gute kommen, die*

*in der Regel und auf die Dauer ihres Lebens gesehen relativ im Vorteil sind. In Australien wie auch in Deutschland sind Hochschulabsolventen sehr erfolgreich auf dem Arbeitsmarkt.*

*Zweitens: Lehre muß so finanziert werden, daß es für die Studierenden gerecht ist. Eine einkommensabhängige Darlehensvereinbarung wie das HECS ist insofern gerecht, da die Studierenden später nur dann Rückzahlungen leisten müssen, wenn sie ein relativ hohes Einkommen beziehen. Wenn sie niemals ein solches Einkommen erzielen, ist die Rückzahlung hinfällig. Somit werden die schlechter bezahlten Hochschulabsolventen berücksichtigt.*

*Drittens: Es ist von entscheidender Bedeutung, daß das Gebührensystem nicht den Zugang für Studierende aus ärmeren Schichten verschließt. Ich bin der Überzeugung, daß eine einkommensabhängige Vorgehensweise dies am besten erreicht.*

*Und viertens: Wenn das Hochschulsystem in Schwierigkeiten steckt oder erweitert werden muß, ist es nur vernünftig, einen erheblichen Teil der Gebühren für die Behebung dieser Probleme zu verwenden.*

Globalhaushalt, die Studiengebühren-Debatte und die regionale Vernetzung seien die wichtigsten Abschnitte der „Großbaustelle Universität“.

„Die deutschen Universitäten sind kraß unterfinanziert“, urteilte der Rektor im internationalen Vergleich. An ausländischen Beispielen zeigte er mögliche Auswege auf: In den skandinavischen Ländern erhöhte der Staat in den vergangenen Jahren deutlich seinen Beitrag zur Finanzierung des Bildungswesens. In den USA und Australien habe man dagegen die Universitäten in die Lage versetzt, realistische Gebühren zu erheben und weitere Einnahmequellen anzuzapfen. Deutschland sei bislang einen dritten Weg gegangen, gekennzeichnet durch „striktteres Management und Streckung der finanziellen Mittel“. Investitionen in Bau und Infrastruktur seien dabei auf der Strecke geblieben. „Der Staat interveniert dabei bis ins Mikromanagement der Hochschulen. Und er tut sich schwer, sich aus dieser Rolle zurückzuziehen.“

Darum forderte Professor Winiger neben einer signifikant größeren Investition ins Bildungswesen die Entlassung der Hochschulen in die Selbstbestimmung. ▶

► **Der AStA-Vorsitzende Thomas Möws kritisierte die von der Landesregierung beschlossene Einführung von Studiengebühren.**

Nur so könnten die Universitäten ihren eigentlichen Auftrag – „Bildung durch Forschung“ – verwirklichen. Winiger wünschte sich dazu „ein gesellschaftliches Engagement, das Deutschland zumindest in die Nähe seiner ehemals führenden Rolle in Bildung und Forschung zurückbringen könnte.“ Der Rektor begrüßte ausdrücklich das Bemühen der Landesregierung, den Universitäten neue Spielräume zu verschaffen, und ermunterte die Verantwortlichen, dies nicht „halbherzig“ zu tun. Auch ihre Rechts- und Organisationsform sollten die Hochschulen selbst gestalten. Als Beispiel nannte Winiger die freie Entscheidung zwischen präsidialer und bisheriger rektoraler Hochschulleitung oder den Kompetenzzuschnitt von Gremien wie den Kuratorien.



Foto: UK

Professor Winiger gab bekannt, daß die Universität Bonn sich mit fünf Exzellenzclustern, drei Graduiertenschulen und einem Zukunftskonzept an der ersten Runde der „Exzellenzinitiative“ von Bund und Ländern beteiligt hat. Dabei wurden auch externe Partner aus der Region in die Bewerbung einbezogen. Unabhängig vom Ausgang des Verfahrens, das neue finanzielle Spielräume bringen könnte, habe der Wettbewerb schon jetzt vielversprechende Projektgruppen zusam-

mengeführt. Bei der Bewerbung habe die Universität auf die Ergebnisse einer Arbeitsgruppe des Rektorats zurückgreifen können, die einen Kriterienkatalog zur Bewertung der Qualität von Forschung erarbeitet habe.

Mit Blick auf die künftige Finanzierung der Universität nannte Professor Winiger die Studiengebühren ein „wichtiges Element“, das man auch als einen „Akt der Solidarität“ verstehen könne, gehe es doch darum, daß die Studierenden fünf bis sieben Prozent der effektiven Kosten ihrer Ausbildung übernehmen.

Er erwartet durch sie eine „spürbare Verbesserung der Haushaltslage“, die helfen könne, den Aufwand der Einführung von Bachelor und Master zu bewältigen. Außerdem könnten mit zusätzlichen Mitteln die Bibliotheks- und Hörsaalausstattungen und die Betreuungsrelation der Studierenden verbessert werden. Der Rektor erneuerte die Forderung, daß Studiengebühren nicht zu einer „sozialen Selektion“ führen dürften.

Der Vorsitzende des AStA, Thomas Möws, dankte Professor Winiger für diese Einschätzung. Möws kritisierte in seiner Rede, daß die

Landesregierung die Frage der Ausgestaltung von Studiengebühren an die Hochschulen delegieren wolle. „Der schwarz-gelbe Peter wird dabei geschickt an die Universitäten weitergegeben.“ Der AStA-Vorsitzende bekräftigte seine grundsätzliche Ablehnung von Studiengebühren und bezweifelte, daß die daraus resultierenden Einnahmen zu einer spürbaren Verbesserung der Studiensituation führen werden. Im November wollen AStA und Rektorat gemeinsam mit den Studenten über die Verwendung der Einnahmen aus den geplanten Studiengebühren diskutieren.

In der Akademischen Rede analysierte der Bundesverfassungsrichter und Bonner Jurist Professor Dr. Dr. Udo Di Fabio den Prozeß der europäischen Einigung mit Blick auf „Recht“, „Politik“ und „Idee“. „Die Vorstellung, Europa ständig mit neuen Großprojekten wie Binnenmarkt, Währungsunion, einheitlichem Rechtsraum und dem Verfassungsprojekt anspornen zu müssen, war ursprünglich richtig, muß aber

*Der schwarz-gelbe Peter wird geschickt an die Universitäten weitergegeben.*

nicht für alle Zeit richtig bleiben.“ Die Mitgliedsstaaten müßten nun ihre Hausaufgaben machen und beispielsweise die Staatsverschuldung zurückführen und die Deregulierung vorantreiben. „EU und Mitgliedsstaaten brauchen mehr denn je eine pragmatische Politik zur Erhaltung der gesellschaftlichen Voraussetzungen für Freiheit und Wohlstand, die dabei aber immer auch die Grenzen der politischen Gestaltbarkeit der Welt erkennt.“

ARC/FORSCH

▼ **Preise für ihre Studienarbeiten erhielten (von links) Caren Langer (Queen's Prize), Anja Ernst (Preis der Französischen Republik), Patrick Melin (Preis des Präsidenten der Italienischen Republik), Katja Brenner (Preis des Königs von Spanien) und Christian Klöckner (Ambassador's Award).**



Foto: UK

# Mehr Aufgaben, aber weniger Geld

## Kürzungen führen zu Stellenabbau, aber nicht zu Kündigungen

Umfangreiche Reformen verändern derzeit die Rahmenbedingungen auch der Universität Bonn. Erklärer Wille der Politik ist es, den Hochschulen mehr Autonomie zu geben. Doch diese Freiheit hat ihren Preis: Denn die Reformen bringen neben zusätzlichen Aufgaben auch ungedeckte Kosten mit sich. Das führt zu Sparwängen und wird den Abbau von Stellen nach sich ziehen. Was auf die Universität zukommt – und was nicht –, erklärt Kanzler Dr. Reinhardt Lutz.

„Mir liegt sehr daran, möglicherweise vorhandene Ängste abzubauen und noch offene Fragen zu beantworten“, sagt Kanzler Dr. Lutz. Seine Universitätsverwaltung hat derzeit alle Hände voll zu tun, beim Reformmarathon Schritt zu halten. So müssen zeitgleich die Einführung des Globalhaushaltes, die Umstellung auf Bachelor- und Master-Studiengänge und die Übertragung von Aufgaben vom Ministerium in die Hochschulen im Zuge der Ausweitung der Hochschulautonomie geschultert werden. Da für die Bewältigung dieser Aufgaben keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung stehen, muß an anderer Stelle gespart werden.

Ab dem kommenden Jahr sollen die Universitäten in Nordrhein-Westfalen sogenannte „Globalhaushalte“ erhalten. Ihnen wird damit die vollständige Verfügung über ihre Finanzmittel übertragen. Das bedeutet konkret, daß sie sehr flexibel über die Verwendung ihrer Mittel entschei-

den können, zum Beispiel was die Besetzung von Stellen angeht oder die Verwendung von Drittmittelmaßnahmen. Dies eröffnet den Hochschulen die Chance zu einer eigenverantwortlichen mittel- und langfristigen Finanzplanung. Die sonst üblichen haushaltsrechtlichen Beschränkungen wie die Jährlichkeit von Etats entfallen weitgehend.

„Das klingt zwar erst mal gut, aber wie groß unsere Spielräume tatsächlich sind, entscheidet sich bei der Festlegung des Gesamtvolumens des Globalhaushalts“, sagt Kanzler Dr. Lutz. Statt den Universitäten ihren bisherigen Etat in voller Höhe zu überlassen, will die Landesregierung ihnen nur einen reduzierten Betrag überweisen. Die Begründung: Gerade an den Universitäten seien nie alle Stellen zu 100 Prozent besetzt. „Die Frage ist nicht, ob der Finanzminister uns bei der Einführung der Globalhaushalte eine Kürzung mit auf den Weg gibt, sondern wie hoch diese ausfällt.“ Eine Kürzung von drei Prozent entspreche beispielsweise den Kosten für rund 80 Mitarbeiterstellen.

### Keine „betriebsbedingten Kündigungen“

Den größten Anteil am Universitätsbudget bilden die Personalkosten. Hier kann am ehesten gespart werden, wenn die Summe der zur Verfügung stehenden Mittel sinkt. Praktisch geschieht dies so, daß die Universitätsleitung und die Fakultäten sich darauf verständigen, wer im Zuge einer Sparmaßnahme wie viele

Stellen abgeben muß. Auch die Verwaltung und die zentralen Serviceeinrichtungen sind von solchen Kürzungen betroffen. Die „abzugebenden Stellen“ werden aus Stellen erwirtschaftet, deren Inhaber in den Ruhestand gehen oder aus anderen Gründen freiwillig ausscheiden.

Was bedeutet das für den einzelnen Mitarbeiter? Dr. Lutz stellt klar: „Es wird niemand seinen Arbeitsplatz durch Umstrukturierungen verlieren.“ Betriebsbedingte Kündigungen, wie sie in der freien Wirtschaft immer wieder vorkommen, soll es an der Universität Bonn nicht geben. „Im subjektiv gesehen schlimmsten Fall kann es allenfalls dazu kommen, daß ein Mitarbeiter einen anderen Arbeitsbereich übernehmen muß, weil sein bisheriger Einsatzbereich im Zuge von Kürzungen und Zusammenlegungen wegfällt.“ Bevor eine solche Entscheidung getroffen wird, würden aber auf jeden Fall die Betroffenen gehört und auch automatisch das Personaldezernat und der Personalrat eingeschaltet. In der Regel werde sich ohnehin nur die Zuordnung eines Instituts innerhalb der Fakultät ändern. „Die weitaus meisten Arbeitsplätze an der Universität werden unverändert bleiben!“ versichert der Verwaltungschef. [ARC/FORSCH](#)



Foto: Eric Lichtenscheidt

## Exzellenz-Initiative: Universität Bonn reicht Antragsskizzen ein

Mit einer „Exzellenzinitiative“ wollen Bund und Länder von 2006 bis 2011 insgesamt 1,9 Milliarden Euro für exzellente Forschung zur Verfügung stellen. Der Ausbau der universitären Spitzenforschung soll in drei Förderlinien erfolgen: den Graduiertenschulen, den Exzellenzclustern und den Zukunftskonzepten für die Universitäten. Die Universität Bonn hat fristgerecht zum Bewerbungsschluß der ersten von zwei Förderrunden bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG)

Antragsskizzen für alle drei Kategorien eingereicht. Das Spektrum der jetzt eingereichten Projektvorschläge spiegelt das wissenschaftliche Profil der Universität Bonn wider.

Als Exzellenzcluster bewerben sich Bonner Forscher aus den Bereichen Rechtswissenschaften, Ethik, Biomedizin, Physik und Mathematik. Anträge für Graduiertenschulen kommen aus den Bereichen Ökonomie, Physik/Astronomie und Entwicklungsforschung. Außerdem hat das Rektorat

ein Zukunftskonzept der Universität Bonn eingereicht. An dieser Förderlinie können sich Universitäten beteiligen, die mindestens ein Exzellenzcluster und eine Graduiertenschule erhalten. Bis Ende Januar 2006 wollen DFG und Wissenschaftsrat entscheiden, welche Antragsteller ausführliche Projektskizzen einreichen sollen. Ende Oktober 2006 werden die Bewilligungen der ersten 20 Graduiertenschulen und 15 Exzellenzcluster bekanntgegeben. [ARC/FORSCH](#)